



Friedensplan – NATO-Einladung der Ukraine – Kampf um die Krim

Dr. Klaus Olshausen

März 2024

Zusammenfassung

Drei Aufgaben müssen in den kommenden Monaten entschlossen angepackt und erfolgreich erfüllt werden. Erstens muss die Friedensformel Selenskys ins Zentrum der VN-Familie gerückt und Grundlage künftiger Verhandlungen werden. Zweitens müssen die NATO-Staaten erkennen, dass die „Einladung der Ukraine in die NATO“ eine entscheidende Maßnahme der „intra war deterrence“ gegen Russland darstellt und deshalb in Washington im Juli erfolgen muss. Drittens ist der Schwerpunkt des weitreichenden Krieges auf die Krim zu richten. Das schwächt nicht nur die „zweite Front“. Militärische Wirkung und ein Wanken Russlands auf der Krim wird die Elite im Kreml politisch hart treffen.

Werden alle drei Aufgaben mit Mut und Entschlossenheit von EU, NATO und Partnern gemeinsam ohne Zögern und tatkräftig erfüllt, wird verhindert, dass „Russland die Oberhand gewinnt“.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Neben dem Halten der Front im Osten und Süden der Ukraine treten in den nächsten Monaten drei Aufgaben in den Vordergrund der Anstrengungen. **Erstens** müssen sich alle EU-, NATO- und Partnerstaaten hinter der Friedensformel der Ukraine versammeln und für ihren Durchbruch in der gesamten VN-Familie eintreten. **Zweitens** müssen die Mitgliedsstaaten der NATO die im Kommuniqué von Vilnius eingebauten „Bremsen“ vor einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine lösen und beim Gipfel in Washington eine Einladung zur Mitgliedschaft der Ukraine aussprechen.

So wird das klarste Stoppschild für Putin aufgerichtet. **Drittens** muss der Schwerpunkt der militärischen Auseinandersetzung als Kampf um die militärische Präsenz Russlands auf der Krim zugespitzt werden. Wankt Putins Macht auf der Krim, wird nicht nur seine militärische Operationsführung in der Ukraine drastisch erschwert, sondern wird auch seine politische Position in Russland massiv geschwächt.

Nach vier Friedenstreffen in Kopenhagen, Malta, Dschidda und – mit 80 Delegationen am Vortag des WEF – in Davos im Januar, hat die Schweiz ihre Bereitschaft erklärt, einen Friedensgipfel zur „Friedensformel“ der Ukraine auf Ebene der Regierungschefs für 2024 ins Auge zu fassen. Es ist sinnvoll und notwendig, die Schweiz bei der Vorbereitung einer solchen Friedenskonferenz in diesem Jahr zu unterstützen. Der Europäische Rat hat in diesem Sinn letzte Woche beschlossen, seine „intensiven weltweiten Outreach-Bemühungen fort(zu)setzen“, um größtmögliche internationale Unterstützung für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden und zur Umsetzung der „ukrainischen Friedensformel“ sicherzustellen.

Diese verstärkten Aktivitäten sind zwingend, um den häufiger auftauchenden Vorschlägen für einen schnellen Waffenstillstand, die nur dem Aggressor dienen, klare diplomatische Maßnahmen entgegenzusetzen. Es fällt auf, dass Befürworter eines Waffenstillstandes keinen der zehn Punkte für den Frieden auch nur erwähnen. Möglichst viele der Staaten, die in zwei Resolutionen den Angriffskrieg verurteilt und den bedingungslosen Rückzug Russlands aus der Ukraine gefordert haben, gilt es für den von der Schweiz ins Auge gefassten „Friedensgipfel“ zu gewinnen. Das muss der Schwerpunkt der vom Rat geforderten politischen und diplomatischen Schritte sein.

Für den NATO-Gipfel im Juli in Washington anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der Nordatlantischen Allianz sind wichtige Schritte zu einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine vorzubereiten. Die Schaffung eines „NATO-Ukraine-Rates“ hat kein wirksames Zeichen gesetzt, um Russland von weiteren Kriegsverbrechen abzuhalten. Und alle bisher abgeschlossenen bilateralen Sicherheitsvereinbarungen enthalten keine Sicherheitszusagen, die einer „kollektiven Selbstverteidigung“ gem. Art. 51 der VN-Charta – (nicht einmal für „einen nächsten Krieg“) entsprechen.

Deshalb ist die Formel des Kommuniqués von Vilnius nicht mehr ausreichend, um eine klare Botschaft an den Aggressor zu senden. Die von Selbstabschreckung geprägte Formel einer „Einladung, wenn die Alliierten einig und Bedingungen erfüllt sind“, insbesondere unterstützt von den USA und Deutschland, hat Putin darin bestätigt, dass er die Mitgliedschaft der Ukraine noch verhindern kann, auch indem er den Krieg weiter fortsetzt. Die Umkehr von Selbstabschreckung zur „intra war“ Abschreckung gegen Putin kann nur erreicht werden, wenn beim Gipfel in Washington – endlich – von allen entschieden wird: Auf Basis des Grundsatzes der „Offenen Tür“ „haben wir entschieden, die Ukraine einzuladen, Mitglied der NATO zu werden“.



Nur und erst eine solche Aussage, wird Putin die Hoffnung nehmen, weiter Keile in dieser Frage in das Bündnis treiben zu können. Alle darauf folgenden Schritte sind interne Maßnahmen der Allianz und keiner russischen Erpressung mehr zugänglich. Dieser Schritt entspricht den Worten für deutsche Außenpolitik von vor zehn Jahren: Sich „früher, entschiedener und substantieller ein(zu)bringen“.

In der letzten Woche traf sich die Ramstein Kontaktgruppe zum 20. Mal. Sie bestätigte, dass nun (endlich) mehr Artilleriemunition in Wochen, nicht Monaten, die Front erreichen soll. Außerdem werden Koalitionen für weitere Schwerpunkte gebildet. Da die Staaten weiter eine Flugverbotszone ablehnen, muss die ukrainische Luftverteidigung (immerhin des zweitgrößten Landes Europas) gegen den Raketen- und Drohnenhagel Russlands deutlich flächendeckender und kontinuierlich mit um Größenordnungen mehr Systemen und Munition ausgestattet werden.

Natürlich behandelte man auch Waffensysteme mit großer Reichweite. Dass man von „weitreichender Artillerie“ sprach, diene wohl auch dazu, eine offene Diskussion über TAURUS zu umgehen. Die öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion liegen zu sehr auf der Lage entlang der Frontlinie und direkt dahinter liegender Stellungen. Dabei werden zu sehr der Stellungen- und Abnutzungskrieg adressiert und denkbare und erkennbare Nachteile der Ukraine dargestellt. Um den Krieg zugunsten der Ukraine zu wenden, ist der Schwerpunkt auf die Krim zu richten.

Generalleutnant a.D. der United States Army, Ben Hodges – in seiner letzten Verwendung (Nov 2014 bis Dez 2017) *Commanding General* der US Army Europe und damit Oberkommandierender der US-Landstreitkräfte für das Gebiet von Europa und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion einschließlich Russlands – hat diese Zielrichtung für den militärischen Erfolg der Ukraine zuletzt in einem Beitrag in der FAZ vom 23. März hervorgehoben. Aber alle militärischen Ziele auf der Krim mit ALLEN verfügbar zu machenden weitreichenden Raketen und Marschflugkörper auszuschalten bzw. unter ständiger Bedrohung und Beschuss zu halten, schaltet nicht nur die „zweite Front“ Russlands aus. Sondern ein Wanken der unbedingten Herrschaft über die Krim wird erhebliche Folgen für das innere Gefüge der politischen Elite im Kreml haben. Es braucht keine Diskussion über Waffenwirkung auf Moskau. Die militärische Wirkung auf der Krim wird Moskau politisch treffen.

Werden alle drei Aufgaben mit Mut und Entschlossenheit von EU, NATO und Partnern gemeinsam ohne Zögern und tatkräftig erfüllt, wird verhindert, dass „Russland die Oberhand gewinnt“.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen